Offizielle Deflation und Vermögenspreisinflation

Zwei Seiten einer Medaille

Seit dem Allzeithoch des Goldes 2011 mit 1.880 Dollar und dem darauffolgenden Preisverfall auf 1.053 Dollar lautete die Anlageempfehlung: Finger weg von dem Edelmetall. Insbesondere ein Rückgang der Geldentwertung und scheinbare Erfolge der Eurorettung ließen Gold als Krisenanlage in den Hintergrund treten. Nichts beunruhigt die Marktteilnehmer jedoch mehr als eine Notenbank, deren geldpolitisches Handeln gesetzte Erwartungen nicht erfüllt.

Während im Dezember eine stärkere geldpolitische Lokkerung erwartet wurde und die Enttäuschungen zu einem heftigen Rückgang an der Börse führten, erstaunten die im März getroffenen Maßnahmen in umgekehrter Weise: Leitzinssenkung auf null, Erhöhung des Strafzinses und Erhöhung der Wertpapierkäufe auf 80 Milliarden Euro monatlich. Gegenüber 2006 wird sich die Euro-Geldmenge bis zum Auslaufen der quantitativen Lockerung 2017 auf voraussichtlich 3,9 Billionen Euro mehr als verdreifacht haben.

VON
DIRK MEYER

»Der Vermögenspreisindex deutscher Haushalte stieg 2015 um 7,8 Prozent.«

Doch wo bleibt das ganze Geld? Im Jahresvergleich stiegen die Kredite an Unternehmen nur um 0,6 und an Haushalte um 1,4 Prozent. Die von der EZB angestrebte Erhöhung der Inflationsrate ist auch deshalb ausgeblieben. Zu Beginn der Anleihekäufe im März 2015 lag die Preiserhöhung bei minus 0,1 Prozent, heute bei minus 0,2 Prozent. Diese an sich wünschenswerte Preisstabilität läuft der EZB zuwider, die mit einer mäßigen Inflation die Schuldenlast der Eurostaaten quasi unbemerkt senken möchte: Eine Teuerung von zwei Prozent halbiert die Schulden real in 17 Jahren. Doch das zusätzliche Geld fließt in Aktien und Immobilien. So stieg der Vermögenspreisindex deutscher Haushalte nach Flossbach von Storch (FvS-Index) 2015 um 7,8 Prozent. Die wachsende Lücke zwischen Verbraucher- und Vermögenspreisindex kann als Zeichen neu entstehender Blasen gewertet werden.

Bei den mangelnden Erfolgen und dem weitgehend ausgereizten Instrumentarium sehen viele die EZB am Ende ihres Lateins – läßt man das „Hubschraubergeld" (JF 14/16) als geldpolitischen Dschihad außen vor. Gold scheint da für manchen Anleger als ein relativ sicherer Hafen, was den Preisanstieg um ein Fünftel seit Jahresbeginn erklärt. Als Realvermögen behält es einen inneren Wert. Kurzfristig wird der Preis durch Angebot und Nachfrage bestimmt. Langfristig wird er durch die steigenden Produktionskosten bei begrenztem Angebot aufgrund nur weniger neuer Vorkommen geprägt.

Nullzinsen und die Erwartung eines mittelfristig sinkenden Euro-Außenwertes machen die Goldhaltung attraktiv. Schließlich bietet Gold eine fast perfekte Ersatzwährung, sollte der Euro zerbrechen: Es ist knapp, von gleichbleibender Qualität, lagerfähig, beliebig teilbar und leicht handelbar.

Prof. Dr. Dirk Meyer lehrt Ordnungsökonomik an der Helmut-Schmidt-Universität der Bundeswehr Hamburg.

Topverdiener beim Industrie- und Handelskammertag

Öffentliche Selbstbedienung

Von **Jörg Fischer**

Wenn Martin Wansleben behauptet, EU-Grenzkontrollen kosteten zehn Milliarden Euro und 100.000 Arbeitsplätze, oder Hürden gegen Einwanderer aufzubauen, „wäre die völlig falsche Lehre aus dem gegenwärtigen Flüchtlingszustrom", dann sagt er das, was sein Arbeitgeber und die Bundespolitik hören wollen. Vielleicht denkt er privat anders – aber mit 368.000 Euro, die der 57jährige als Hauptgeschäftsführer des Deutschen Industrie- und Handelskammertages (DIHK) einstreicht, wird die Meinungsmache aber ordentlich bezahlt.

Der promovierte Volkswirt bekam damit über ein Drittel mehr als die Bundeskanzlerin. Wanslebens zwei Stellvertreter erhielten zusammen 490.000 Euro. Andere Verbandsgeschäftsführer verdienten im Schnitt nur 200.000 Euro, wie die jüngste Kienbaum-Vergütungsstudie verriet. Wenn die Kollegen beim Industrieverband BDI oder beim Arbeitgeberverband BDA ähnlich oder noch mehr verdienen, dann wäre daran nichts auszusetzen – Gehaltsobergrenzen mögen eine moralische Berechtigung haben, aber in einer freien Marktwirtschaft sind sie fehl am Platze.

Doch der DIHK ist keine Privatfirma, sondern die Spitzenorganisation der Industrie- und Handelskammern (IHKs). Und die 79 IHKs sind öffentlich-rechtliche Körperschaften. 3,6 Millionen gewerbliche Unternehmen aller Branchen und Größenklassen sind Mitglieder der IHKs – allerdings nicht freiwillig, sondern per Gesetz. Alle Klagen gegen den IHK-Zwang scheiterten bislang. Dahinter könnte System stecken. Denn schon seit Mitte der neunziger Jahre scheinen in der Grauzone zwischen Staat und Wirtschaft alle Dämme gebrochen. Ob Deutsche Bahn „AG", Bundesanstalt für Arbeit, ARD, ZDF & Co. oder die IHK-Chefs von Hamburg oder Berlin: über Angela Merkels Kanzler-Salär können deren oberste Führungskräfte nur müde lächeln.

Der Bundesverband für freie Kammern setzt sich für ein Ende des IHK-Zwangs ein:
▶ www.bffk.de

FOTO: DPA / PICTURE ALLIANCE

US-Präsident Obama: Trotz Niedrigzinsen steigen die Zinsausgaben, weil der Schuldenstand 19 Billionen Dollar beträgt und weiter wächst

Fatale Eigendynamik

Etatpolitik: Die US-Schuldenspirale dreht sich weiter / Rekordausgaben für Soziales, Zinsen und Militär

THOMAS KIRCHNER

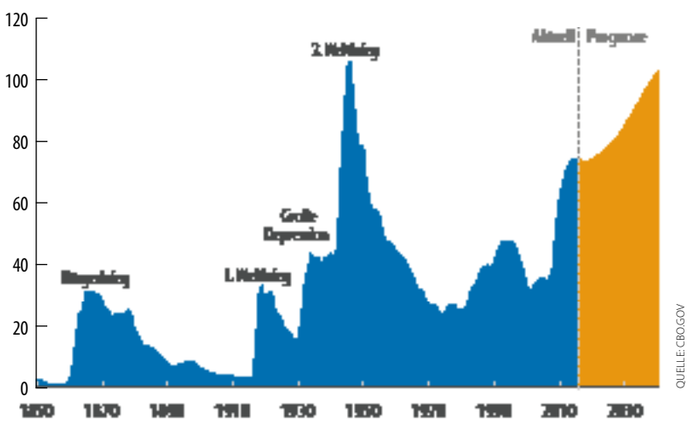
Der deutsche Fiskus wird immer gieriger: In diesem Jahr sieht der Bundeshaushalt bislang Ausgaben von 316,9 Milliarden Euro vor. 2015 waren anfangs nur 299,1 Milliarden Euro geplant. Die sechsprozentige Ausgabensteigerung soll aber immerhin ohne Neuverschuldung finanziert werden, verspricht Finanzminister Wolfgang Schäuble. Das ist angesichts von 1,2 Billionen Euro „Altschulden" des Bundes, für die die Steuerzahler 25,2 Milliarden Euro Zinsen – etwa 300 Euro pro Kopf der Bevölkerung – berappen müssen, aber nur ein kleines Trostpflaster.

Im Vergleich zu den großen Wirtschaftsmächten steht Deutschland damit noch halbwegs gut da. Denn mit 2,6 Prozent der Wirtschaftsleistung wird das geplante US-Etatdefizit 2017 immer noch 503 Milliarden Dollar betragen – bei 4,15 Billionen Gesamtausgaben. Das ist zwar weniger als im aktuellen Jahr, verfehlt aber Barack Obamas selbstgestecktes Ziel von 438 Milliarden. Läuft alles wie erhofft, wird das Defizit auch in den Folgejahren 2,6 Prozent betragen.

Glaubt man den optimistischen Prognosen von permanentem Wachstum auf heutigem Niveau würde sich der Schuldenstand Amerikas bei 75 Prozent der Wirtschaftsleistung lediglich stabilisieren, was immer noch der höchste Stand seit dem Zweiten Weltkrieg ist. Damit steht Obamas letztes Budget im krassen Gegensatz zu dem seines letzten demokratischen Vorgängers Bill Clinton, der – vom Boom der 1990er beflügelt – einen kurzlebigen Haushaltsüberschuß samt Schuldenabbau präsentierte.

In vielerlei Hinsicht ist Obamas Haushaltsvorschlag eine frivole Ausgabenbonanza. Der republikanische Senator Paul Ryan sprach von einem „Handbuch zum Ausbau der Zentralregierung auf Kosten hart arbeitender Leute". Viele Ausgabenposten lassen die Herzen demokratischer Interessengruppen höher schlagen. Eine Zehn-Dollar-Steuer pro Barrel Öl zur Förderung erneuerbarer Energien läßt deutsche Ökopolitiker wie harmlose Amateure aussehen. Eine Sondersteuer für Banken gehört heutzutage ohnehin zum guten Ton. Höhere Ausgaben für die vorhersehbare Kostenexplosion durch Obamas Krankenversicherungsreform erschrecken niemand mit sozialer Gesinnung.

Verschuldung des US-Bundesetats
in Prozent des Bruttoinlandsprodukts



Nichts Gutes für die Zukunft läßt erahnen, daß viele der eingeplanten sogenannten Einsparungen in Wirklichkeit steigende Steuern sind. Ob es sich um angebliche Schlupflöcher handelt, die gestopft werden, oder Steuererhöhungen, ist eine Frage des politischen Standpunkts. So schlägt Obama eine 30prozentige Mindestbesteuerung von Einkommen oberhalb einer Million Dollar vor, was in erster Linie die Bezieher von Kapitalgewinnen treffen soll. Unternehmensgewinne sollen mit mindestens 14 Prozent besteuert werden – selbst wenn ein Unternehmen Verlustvorträge hat. Die Hochtechnologiebranche, die treibende Kraft hinter Amerikas wirtschaftlicher Dominanz, wird davon besonders hart getroffen. Das alles geschieht natürlich unter dem Deckmantel der sozialen „Gerechtigkeit".

70 Prozent der Ausgaben lassen sich nicht kürzen

Die grundlegende Schuldendynamik weist viele Gemeinsamkeiten mit der Lage in Deutschland auf. Denn hüben wie drüben treiben die Auswüchse des ausufernden Sozialstaats die Handlungsspielräume der Politik in die Enge. 4,9 Prozent Ausgabenwachstum, also rund das Doppelte des US-Wirtschaftswachstums, gehen in erster Linie auf höhere Sozialausgaben und die Zinseslast für Altschulden zurück. Sie summieren sich auf 70 Prozent der Ausgabenposten und lassen sich nicht kürzen, weil sie verfassungsrechtlich garantierte Ansprüche wie Pensionen, Invalidenversorgung oder Essensmarken sind.

Weitere 15 Prozent fließen ins Militär, auch in die Entwicklung der Kernwaffen, deren Abrüstung Obama in für ihn typischer Manier lautstark fordert, dann aber im Kleingedruckten ihren Ausbau vorantreibt. Das Wachstum der Ausgaben im verbliebenen Sechstel des Haushalts, auf welches die Politik Einfluß hat, liegt bei nur einem Prozent. Der Politik bleiben also angesichts der hohen Fixkosten kaum Gestaltungsmöglichkeiten. Erschwerend kommt der hohe Schuldenstand hinzu, der langsam eine fatale Eigendynamik entwickelt: Trotz so niedriger Zinsen wie nie steigen die Zinszahlungen, weil der Schuldenstand so hoch ist und weiter wächst. Sollten eine Tages die Zinsen steigen, wird es also richtig eng für Ausgabenpolitiker.

Im US-Wahlkampf spielt der Haushalt bislang keine Rolle. Die beiden Favoriten Donald Trump und Hillary Clinton haben zwar beide keinen Haushaltsplan vorgelegt, doch man kann in etwa abschätzen, wie einer aussehen würde. Clintons Budget würde sich kaum von Obamas Haushaltsentwurf unterscheiden und auf höhere Ausgaben setzen. Drastisch anders würde Trumps Haushalt ausfallen, der auf Steuersenkungen setzt. Wie schon unter Ronald Reagan würde das kurzfristig die Etatdefizite steigen lassen. Aufgrund des hohen Wirtschaftswachstums sank dann allerdings die Verschuldung im Verhältnis zur Wirtschaftsleistung.

Die Republikaner im Kongreß weigern sich, Obamas Haushaltsentwurf überhaupt nur zu diskutieren. 1997 wurde zum letzten Mal überhaupt ein regulärer Haushalt verabschiedet, seitdem wurschteln sich die USA mit Behelfsmechanismen durch. Deshalb kommt es immer wieder zu Streitigkeiten über die Anhebung der Schuldenobergrenze samt kurzfristigen Blockaden der Regierung. 2015 betrug die US-Staatsverschuldung schon fast 19 Billionen Dollar. Der aktuelle Haushaltsvorschlag hat also nur Symbolcharakter und keine echten Auswirkungen, gibt aber dennoch eine Vorstellung davon, wo die Prioritäten der Regierung liegen. „Das einzig Positive an diesem Haushalt ist, daß er Obamas letzter ist", kommentierte der Senator David Perdue aus Georgia sarkastisch. Sollte Trump Präsident werden, bestünde aber immerhin die Hoffnung auf ein Ende der Schuldenspirale.

Verschuldungsprognose des Congressional Budget Office (CBO) des US-Kongresses:
▶ www.cbo.gov/publication/50250
Interaktive US-Budgetstruktur 2016:
▶ www.whitehouse.gov/interactive-budget

Ihr Bestellschein
JF-Buchdienst · Hohenzollerndamm 27a · 10713 Berlin
Fax: 030 - 86 49 53 -40 · Bestelltelefon: 030 - 86 49 53 - 25

Hiermit bestelle ich zur sofortigen Lieferung folgende Titel:
Bitte in Druckbuchstaben ausfüllen!

Expl.	Bestell-Nr.	Autor/Kurztitel	Euro

abschicken, faxen oder gehen Sie online: www.jf-buchdienst.de

Bestelladresse
Bitte in Druckbuchstaben ausfüllen!
Kundennummer (falls zur Hand)
Name/Firma
Straße/Nr. (Keine Postfach)
PLZ/Ort
Telefon
E-Mail
Datum/Unterschrift
Deutschland: Versandkostenfrei bei Bestellungen ab EUR 50,–. Bei Bestellungen unter EUR 50,– beträgt der Versand kostenanteil EUR 3,20. Postalisches Ausland: Belieferung nur gegen Vorkasse! Bei Lieferung in die EU-Länder fällt zusätzlich zum Buchpreis eine Versandkostenpauschale von EUR 12,– an. Für alle anderen europäischen Staaten beträgt die Pauschale EUR 14,–. Für außereuropäische Staaten EUR 18,–. Die Bücher sind vom Umtausch ausgeschlossen!

JF BUCHDIENST
JUNGE FREIHEIT Medienversand
gehen Sie online: jf-buchdienst.de

Markus Metzner
Steuerparadies Deutschland
Warum bei uns viele Reiche keine Steuern zahlen
Steueroasen sind nicht nur die Schmutzecken kaltblütiger Banken. Auch Deutschland zählt zum Investitions- und das internationale Finanzkapital. Dabei schaut man bei dem Steuerbetrüger der Konzerne wegend mit Scheuzugeld das rote Tuppelch zu. Es wird Zeit für eine gesetzgebende Reform!
288 S., Pb.

Best.-Nr.: 92999 EUR 14,90

Hans-Werner Sinn
Der Euro
Von der Friedensidee zum Zerfall
Der Euro sollte mehr sein als eine Währung: ein Garant für Einheit und Frieden in Europa. Heute ist Europa gespalten und zerstritten. In Sicht bleibt die Aussichtslosigkeit unerträglich, der Handel wurde von der EZB in Geiselhaft genommen und zum Zahlmeister gemacht. Was ist zu tun?
480 S., geb.

Best.-Nr.: 92987 EUR 24,90

Hans-Hermann Gockel (Hrsg.)
Finale Deutschland
Ayl, bitte, keine Sicherheit. Mit Herzblut gegen die Entscheidungsfreiheit
Hans-Hermann Gockel, der TV-Journalist und Moderator (n-tv, N24), schreibt Herzblut. Die politische Elite verliert sich in Entscheidungsfreiheit, Beschleunigung und Schnelligkeit und verliert dabei die Kontrolle über multipolitische Konflikte des Alltäglichen Lebens. Mit dramatischen Folgen für Deutschland.
304 S., geb.

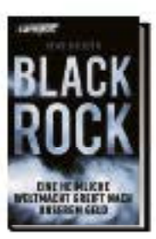
Best.-Nr.: 92988 EUR 18,90

Michael Maier
Das Ende der Behaglichkeit
Wie die neuen Kriege Deutschland und Europa verändern
Fluchtbewegungen, Spannungen zwischen den USA und Russland, Kriege im Süden, Islam und Stillstand der EU. Europa droht zu zerbrechen, der Euro, unsere Sparguthaben und der Sozialstaat sind in Gefahr. Hierzulande Cyber-Kriege drohen. Wie sollen wir das Ende der Behaglichkeit
288 S., geb.

Best.-Nr.: 92991 EUR 19,99

Ulrich Horstmann, Harald Maass
Bargeldverbot
Alles, was Sie über die bevorstehende Bargeldabschaffung wissen müssen
In Italien und Frankreich verschwindet bereits Bargeld zu 50 Prozent, und viele deutsche Banken haben schon seitens Tagesbeleg schon Wochenbeginn eingeführt. AD 2018 soll Bargeld in der EU ganz abgeschafft werden. Welche Folgen hat das für Sie, und wie können Sie sich schützen?
128 S., Pb

Best.-Nr.: 92787 EUR 8,99

Heiko Fischer
BlackRock
Das heimliche Weltamt greift nach unserem Geld
Mächtig wie kein zweites Unternehmen, Gründer und Chef von BlackRock, Larry Fink, spinnt unbeirrbar Fäden in der globalen Weltpolitik, aber auch hier, direkt vor unserer Haustür. Es ist höchste Zeit, BlackRock den Boden zu nehmen. Denn BlackRock unterschätzt alle, die sich mit der Finanzwelt auseinandersetzen und die ahnen wollen, wer im Hintergrund die Fäden zieht.
288 S., geb.

Best.-Nr.: 92990 EUR 24,90

Franz-Xaver Kaufmann, Walter Krämer (Hrsg.)
Die demografische Zeitbombe
Fakten und Folgen des Geburtendefizits

Das Älter-, Bunter- und Weniger-Werden der Deutschen setzt das Wirtschafts- und Sozialsystem dramatischen Verteilungskämpfen aus, die es bei uns so noch nicht gab. Führende Wissenschaftler skizzieren künftige Entwicklungen und rufen dazu auf, die Scheuklappen abzulegen.
206 S., geb.
Best.-Nr.: 92985 EUR 19,90